

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 22

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Donnerstag, den 26. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Retikett 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Verammlung der Karbindle zur Papstwahl wurde auf den 2. Februar angelegt.
- Die Eingaben zwecks Aufhebung der Demobilisationsverordnung wurden vom Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft durch Übergang zur Tagesordnung abgewiesen.
- Der Dollar notierte an der Berliner Dienstagbörse 209,70 Mark.
- Der berühmte Musiker Artur Schnitzler ist im 67. Lebensjahre an der Grippe und Lungenentzündung gestorben.
- König Konstantin von Griechenland begibt die Absicht, wegen politischer Schwierigkeiten zugunsten seines Sohnes auf den Thron zu verzichten.
- Die Amerikaner fordern als Vorbedingung für gemeinsame Wiederaufbauarbeiten die Neuordnung der deutschen Reparationen im Rahmen der deutschen Zahlungsfähigkeit und Verminderung der bewaffneten Streitkräfte.
- Die englische Regierung ist angeblich bereit, das englisch-französische Bündnisabkommen auf 30 Jahre anzunehmen.

Kritische Stunden.

Über die so schwierigen Verhandlungen zwischen den Parteien in der Frage des Steuerkompromisses wird uns von einem politischen Mitarbeiter aus Berlin geschrieben: Wieder einmal spielt sich, wie schon so oft vor und nach der Novemberrevolution, die eigentliche Regierungsgeschichte unserer Tage hinter den Kulissen der öffentlichen Schau-bühne ab. Ort der Handlung sind Reichstag und Reichskanzlei, zwischen denen über das Steuerkompromiss ohne Unterlass Händel hin- und hergespielen werden; Träger der Handlung der Ränzler, der Finanzminister, ihr immer noch freiwilliger Helfer in der Not Walter Rathenau auf der einen, die Führer der Koalitionsparteien, Dr. Spahn und Hermann Müller, auf der anderen Seite. Im ersten Akt dahinter, als Reservetruppen aufmarschiert, die Herren Hilferding und Breitscheid von den Unabhängigen, Dr. Stresemann und Dr. Beder-Hessen von der Deutschen Volkspartei. Auch die Demokraten nicht zu vergessen und, als das Häuflein der Bayerischen Volkspartei mit Dr. Heim an der Spitze, die, wenn es hart auf hart geht, mit ihren 23 oder 25 Stimmen schließlich auch nicht zu verachten sind. Nur die Deutschnationalen Volkspartei bleibt abseits; so lange wenigstens, wie die Mehrheitssozialdemokraten nicht jede Hoffnung auf Verständigung — in ihrem Sinne — aufgeben. Noch weiß man nicht, was werden mag, obgleich die gegebene Frist für die Entscheidung nahezu abgelaufen ist. Jede Partei möchte ihre Zustimmung zu dem Kompromiss, das natürlich unausweichlich ist, so teuer wie möglich verkaufen. Ein Anblick, den man begreiflicherweise den Wänden der Wählermassen am liebsten völlig entziehen möchte. Wer nachher die Suppe auslöffeln muß, steht dahin.

Der Streit der Meinungen ginge hauptsächlich um die Parole „Erfassung der Gold-“ oder vielmehr „Sachwerte“. Diese Beschlagnahme sollte den Steuer- und Reparationsnöten des Reiches abhelfen. Der Reichskanzler aber fand Veranlassung, von dieser Parole abzurücken; in der Folge war nunmehr die Rede von der „Erfassung der Sachwerte“. Diese gleichfalls stark beanspruchte Forderung machten sich, nach dem Vorgang der sozialistischen Parteien, auch die Gewerkschaften mit den ihnen in kritischen Lagen zumeist Gefolgschaft leistenden sonstigen Bündnis zu eigen, setzten eine eigene Kommission wieder und beeinflussen nun mit Hilfe dieses Ausschusses die Regierungsparteien, die jetzt, wo die Zeit drängt, zu irgend einem Schlussergebnis gelangen müssen. Jedoch hat sich die „Erfassung der Sachwerte“ wieder verwandelt. Jetzt heißt die Parole „Zwangsanleihe“ oder auch „Goldanleihe“. Diese innere Anleihe soll das Opfer des Besitzes verkörpern. Der letzte Kampf der Parteien, die das Steuerkompromiss unter allen Umständen zustandebringen wollen, scheint sich darum zu drehen, ob und wie die Zwangsanleihe, die im Prinzip schon so gut wie genehmigt ist, so gestaltet werden kann, daß sie als „weitest mögliches Opfer des Besitzes“ auch den Massen gegenüber ausgegeben werden kann. Es scheint sich darum zu handeln, daß die Sorge für Verzinsung und Tilgung der Anleihe dem Reich erspart wird, sei es sofort, sei es nach Ablauf einer zinslosen Frist, den Verbänden von Sachwertbesitzern überlassen werden soll. Pläne, die sich auf dem Papier mehr oder weniger reizvoll ausnehmen mögen, deren Durchführung aber unter allen Umständen sorgfältige Vorbereitungen und inselgesessen mehr Zeit voraussetzt, als dem Reich bei seinen unmittelbaren, drängenden, ungeheuren Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung steht. Und so mag es kommen, daß man, so sehr die Notwendigkeit des Fortbestandes der gegenwärtigen Regierung aus inner- wie außenpolitischen Gründen anerkannt wird, um einen wirklich gangbaren Weg zur Verständigung immer noch in tödlicher Verlegenheit ist. Man kann sich nicht einigen. Das Zentrum warnt die Sozialdemokraten vor übermäßigen Belastungsproben ihres Regierungsbündnisses und läßt, um dieser Warnung einigen Nachdruck zu verleihen, seine Stützgruppen von rechts langsam aufmarschieren; während die Sozialdemokraten ihre Verbindung mit den Unabhängigen zeigen und betonen, um den Druck auf die stärkste der bürgerlichen Parteien nach rechts zu erhöhen. Ob sich bei gutem Willen auf allen Seiten und klarer Erkenntnis der unerbittlichen Notwendigkeiten nicht ein graderer Weg finden ließe?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Krankenkassenbeiträge für Kleinbauern.

Kreuzing haben sich viele Krankenkassen bereit er-

klärt, mit ihren verfügbaren Mitteln bei der Bewährung von Hypotheken und langfristigen Darlehen zugunsten der Neubautätigkeit fräftige Mithilfe zu leisten. Auf die Möglichkeit dieser Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungs-bau werden die Gemeinden, Gemeindeverbände und die für den gemeinnützigen Wohnungsbau in Frage kommenden Organisationen in einem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt hingewiesen. Die Rücklagen der Krankenkassen sind infolge der Erhöhung der Grundlöhne zurzeit so angewachsen, daß 20 bis 25 Prozent für Kredit-zwecke verwendet werden könnten.

Der französische Druck auf das Rheinland.

Für das deutsche Rheinland bedeutet der Tod des Papstes einen besonders ersten Augenblick. Bekanntlich haben Franzosen und Belgier ständig versucht, gerade durch Vermittlung der Geistlichkeit ihre Loslösungspropaganda zu betreiben, was ihnen aber dank der Festigkeit der hohen geistlichen Würdenträger am Rhein nicht in dem von ihnen gewünschten Maße gelungen ist. Nachdem nun Poincaré in Frankreich zur Regierung kam, glaubt man, daß Frankreich seine Anstrengungen am Rhein verdoppeln wird. Um so bedeutsamer ist auch für Deutschland die bevorstehende Papstwahl, da ja von Rom aus auch ein bestimmter politischer Einfluß auf die deutschen Kirchenfürsten ausgeübt wird. Dasselbe gilt für das Saargebiet, welches nach französischem Wunsche aus dem Bistum Trier losgelöst und dem Bistum Metz angegliedert werden soll.

Sächsischen Landwirtschaftswoche.

Die Beteiligung an der Tagung in Dresden war trotz der durch den Eisenbahnstreik erfolgten Behinderung sehr zahlreich. Der Vorsitzende des Sächsischen Landeskulturrates, Mehnert, fand scharfe verurteilende Worte für den wilden Streik der Eisenbahner. Für die sächsischen Landwirte ergaben sich in dieser schweren Zeit ganz besonders große Aufgaben. So lange das Umlageverfahren noch besteht, haben alle Landwirte die Verpflichtung, in vollem Umfange ihr Soll zu erfüllen. Der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Eggelsen von Braun, sprach über die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Es ist erwiesenermaßen möglich, daß die landwirtschaftliche Produktion bei uns noch um 50 Prozent zu steigern ist. Dazu ist nötig, daß dem einzelnen Landwirt die Möglichkeit geschaffen wird, sich das Mittel der fortgeschrittensten Technik dienstbar zu machen, dabei müssen wir aber auch fordern, daß der Landwirtschaft die Autonomie als Wirtschaftskörper gegeben wird.

Geringe sozialistische Mehrheit in Braunschweig.

Nach dem nichtamtlichen Gesamtergebnis sind die Landtagswahlen in Braunschweig folgendermaßen ausgefallen: Landtagswahlverband 100 718 Stimmen, Demokraten 28 379, Mehrheitssozialdemokraten 52 406, Unabhängige 74 499 und Kommunisten 10 230. Man rechnet dem Landtagswahlverband 23 Sitze, die Demokraten 6, die Mehrheitssozialdemokraten 12, die Unabhängigen 17 und die Kommunisten 2 Sitze zu, so daß die gesamten sozialdemokratischen Parteien zwei Sitze mehr als die bürgerlichen belegen würden.

Internationales Eisenbahnabkommen.

Alle Regierungen, die auf der Verkehrskonferenz von Barcelona 1921 vertreten waren, also auch Deutschland, sind vom Verkehrs- und Transitausschuss des Völkerbundes um Informationsmaterial ersucht worden, das der Ausarbeitung eines internationalen Eisenbahnabkommens dienen soll, das dann auf der neuen Konferenz beraten werden kann.

Frankreich.

× Poincarés Gegner fühlen sich durch die schroffe Art, in der der neue Ministerpräsident seine Gewaltspolitik vertritt, veranlaßt, die Gedankengänge des neuen Mannes zu widerlegen. Dabei kommt manches Vernünftige zutage, so z. B., wenn jetzt in dem Blatt „Le nouveau“ geschrieben wird, es sei äußerst schwierig, eine so ungeheure Forderung, wie die Forderung an Deutschland, einzuziehen. Die Zufuhrnahme der Gewalt werde Frankreich in unläßliche Schwierigkeiten stürzen sowohl bei den Deutschen als bei den Alliierten. Man müsse vielmehr das deutsche Volk davon überzeugen, daß es ein Interesse an der Bezahlung hat. Dazu müssen alle Völker der Welt die Deutschen durch Wirtschaft- und Finanzabmachungen zur Produktion anregen, anstatt Jollschranken vor ihnen aufzurichten und ihre Waren unter Prohibitivmaßnahmen zu stellen. — Es ist nur schade, daß solche Stimmen der Vernunft und der Mäßigung in Frankreich sehr wenig Einfluß besitzen.

Großbritannien.

× Der Beginn der Abrüstung ist in England — sehr im Gegensatz zu Frankreich — auf Grund der in Washington getroffenen Vereinbarungen über die Einschränkung der Seerüstungen in Angriff genommen worden. Bereits hat das Arsenal von Rostby Weisungen erhalten, die nach dem alten Marinebauprogramm vorgesehenen Arbeiten allmählich einzuschränken. Jede Woche sollen 200 Arbeiter entlassen werden, so daß nach drei bis vier Monaten nur noch 2600 Arbeiter in dem Arsenal verbleiben.

Aus In- und Ausland.

Harburg. Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Kalle wurde auf der Verkehrskonferenz der Sozialistischen Partei mit allen gegen vier Stimmen als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl aufgestellt.

Genf. Alle Regierungen, die auf der Verkehrskonferenz von Barcelona 1921 vertreten waren, also auch Deutschland, sind vom Verkehrs- und Transitausschuss des Völkerbundes um Informationsmaterial ersucht worden, das der Ausarbeitung eines internationalen Eisenbahnabkommens dienen soll, das dann auf der neuen Konferenz beraten werden kann.

Rom. Der frühere Außenminister Graf Sforza zum Botschafter in Paris ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

(158. Sitzung.)

CB. Berlin, 24. Januar.

Eine Mitteilung, mit der Präsident Ebert die heutige Sitzung eröffnete, war bezeichnend für die Lage. Der Präsident teilte nämlich mit, daß der Punkt der heutigen Tagesordnung „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“ nur irrtümlich daraufgesetzt worden sei. Die Erklärung soll dem Vernehmen nach Donnerstag erfolgen, vorausgesetzt, daß bis dahin die Verhandlungen über das Steuerkompromiss ein Resultat erzielt haben.

Kleine Anfragen.

Abg. Bülle (Deutschn.), wies auf die große Not Elros hin und ersuchte, die Versorgung des Landes mit deutscher Kohle in die Wege zu leiten. Ein Regierungsvertreter gab die Erklärung ab, daß es angesichts der allgemeinen Lage und der Kohlenlieferung an die Entente nicht möglich sei, Tirol und Vorarlberg besser zu versorgen. Es bestehe eigentlich in diesen Ländern keine eigentliche Brennstoffnot, es fehle nur an Qualitätsholz.

Abg. Dr. Roefide (Deutschn.) beschwerte sich, daß bei der Gründung einer Gesellschaft zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Nationalbank für Deutschland mit 50 vom 100 beteiligt sein solle, die Landwirtschaft aber völlig einflußlos bleibe. Darauf ließ die Regierung erklären, die Nationalbank für Deutschland habe sich bereit erklärt, eine Aktiengesellschaft mit 25 Millionen Kapital zur Übernahme der ehemaligen Probitantümer zu gründen. Ihre Aufgabe soll es sein, bei örtlichen Versorgungsschwierigkeiten einzugreifen. Alle in Betracht kommenden Interessentenverbände sollen beteiligt sein. Es treffe nicht zu, daß die Landwirtschaft dabei völlig einflußlos sei. Das Reich habe sich eine Beteiligung von 25 Prozent vorbehalten. Die Landwirtschaft und die übrigen Interessenten wollen die Mehrheit haben.

Fortsetzung der Schulgeheimnisse.

Abg. Ruhnert (Unabh.) erklärte, daß der Entwurf mangelhaft sei. Eltern und Kinder habe man nicht gehört, nur die Wünsche der Geistlichkeit habe man berücksichtigt. Der deutsche Lehrerverein spreche sich entschieden gegen den Entwurf aus. Auf dem faulen Boden des Weimarer Kompromisses konnte nur diese faule Frucht emporsprießen. Man liefere die Schule an die Kirche aus. Die Partei des Gegners werde die Vorlage entschieden bekämpfen.

Abg. Weiß (Dem.) bemerkte, man hätte jeden Anlaß, in der Zeit der Not des Vaterlandes diesen Geistesentwurf nicht zur Beratung zu stellen, denn die geistigen Verhandlungen haben gezeigt, wie tief leider noch immer die konfessionellen Gegensätze gehen. Der Redner ging alsdann auf verschiedene Ausführungen des Vorredners ein und betonte unter dem Widerspruch des Zentrums, daß jeder Grund für die Bevorzugung der Volksschule vor der Volksschule liege. Unser Ziel bleibt immer die nationale Einheitschule.

Erklärung des Regierungsvertreters.

Hierauf nahm der Staatssekretär Schulz das Wort. Mit einem Vorbehalt, so betonte er, wären wir auch nicht weiter gekommen. Für den Zeitpunkt, in dem das Gesetz zur Beratung kommt, ist die Regierung nicht verantwortlich. Der Entwurf liegt dem Reichstage schon lange vor. Gerade, weil wir in so großer Notlage sind, ist es erforderlich, daß wir die wichtigen Erziehungsfragen regeln. Bei diesem Gesetz, das in so schwerer politischer Not entstanden ist, ist in erster Linie der Volkserzieher und nicht der Pädagoge der Vorträger. Weder Lehrer noch Bischöfe sind über den Entwurf befragt worden. Die Regierung hat den Ausgleich zu finden gesucht. Gedacht ist die Volksschule als Regel, und Sache der Ausführung soll es sein, die Frage der Volksschule zu regeln.

Abg. Frau Lange-Brumann (Bayer. Volksp.) erklärte sich gegen die Volksschule, die der weltlichen Schule zum Verwechseln ähnlich sähe. Die Zurücksetzung der Volksschule hinter die Volksschule genüge für die Bayerische Volkspartei, um das Gesetz abzulehnen.

Abg. Frau Reifin (Komm.) bekämpfte den Entwurf nach verschiedenen Richtungen hin und nannte ihn eine faule Frucht von dem faulen Baum des Schulkompromisses. Die Schule werde jetzt den Einzelstaaten ausgeliefert, daß heißt der Reaktion. Der größte dieser Einzelstaaten, der preussische Staat habe jetzt einen Kultusminister, der den Geist von Potsdam wieder einführen wolle. In diesem Entwurf werde die Volksschule neu verankert.

Staatssekretär Schulz bekämpfte in einigen Ausführungen verschiedene Einwände der Rednerin.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) leitete unter Schallender Heiterkeit des Hauses seine Ausführungen ein mit den an den Staatssekretär Schulz gerichteten Worten: „Mensch, wie hast du dir verändert“. Im übrigen suchte der Redner darzutun, daß sich in dem Entwurf auch nicht ein Punkt befände, der der Anerkennung wert sei.

Damit endete die erste Lesung des Reichsschulgesetzes mit Erfolg.

Preussischer Landtag.

(92. Sitzung.)

11. Berlin, 24. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Ebersbach (Dm.) die sofortige Beratung eines Gesetzesentwurfs, der den preussischen Beamten und Lehrern die gleichen Ausgleichszulagen gewähren soll, wie sie den Reichsbeamten bewilligt worden sind. Der Antrag wird widerspruchsfrei angenommen und der vom Abg. Ebersbach beantragte Gesetzesentwurf in allen drei Lesungen debattiert angenommen.

Die von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten beantragte Verdoppelung der Steuerzuschläge für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird gegen den Widerspruch der Kommunisten in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die Verhältnisse im besetzten Rheinland.

Der Staatskommissar für Volksernährung berichtet über die Maßnahmen, mit denen die Regierung den schlechten Ernährungsverhältnissen im besetzten Rheinland abhelfen will. Die Futtermittelernie sei dort völlig mangelhaft, die Kartoffelernte um großen Teil zur Behebung der dringenden Futtermittelnot seien dem Rheinland größere Mengen Mele zur Verfügung gestellt worden. Eine Kommission zur Ermittlung der Kartoffelpreise sei gebildet worden. Härten bei der Getreidemulage sollten möglichst gemildert werden.

Abg. Haas (Soz.) wendet sich dagegen, daß die Gemeinden im besetzten Gebiet selbst einen großen Teil der Versorgungszulagen ausbringen sollen. Das sei eine Aufgabe des Reiches.

Abg. Danker (D. Volksp.) richtet an die Regierung die

Die, die Minister und Räte wählten recht ist das besetzte Gebiet besuchen und in persönlicher Führung treten. Abg. Blenge (Komm.) erklärt, die Arbeiterschaft wolle von den französischen Chauvinisten ebenso wenig wissen, wie von deutschen Hebern. Abg. Frau Dänhoff (Dem.) schließt sich namens ihrer Fraktion den gestellten Wünschen an und befragt besonders die in den kleineren Orten zutage tretenden Äußerungen der Befragung. Abg. Umer (N.-Soz.) wendet sich gleichfalls gegen die Übergriffe der Befragungsbehörde.

Voraussetzungen der Reparation.

Nachdenkliches aus Paris.

Nachdem die Bank von England kürzlich erklärte, daß Deutschland unter dem Druck des Ultimatum kein kreditfähiges Land sei, gerichtet man sich in Frankreich den Kopf, wie man das von uns verlangte Geld doch bekommen könne. Selbst der regierungsspezifische „Temps“ schreibt über die deutsche Finanzlage, man müsse dahin kommen, daß die Mark nicht mehr sinke.

Selbst wenn Frankreich die Barzahlungen völlig unterbräche, selbst wenn es die Sachlieferungen auf eine Milliarde Mark jährlich reduzierte, hätte man das Nötige noch nicht getan. Um die Sachlieferungen zu bewerkstelligen, müsse Deutschland die deutschen Produzenten bezahlen. „Temps“ stellt die Lösung der Frage nur in der Möglichkeit einer auswärtigen Anleihe für Deutschland, sei es auch nur, um die Sachlieferungen zu finanzieren. Dazu aber seien internationale Kreditoperationen nötig.

Auf diesem Wege kommt „Temps“ wieder zu seiner Forderung, Amerika möge beiseite eingreifen. Er sei der Ansicht, daß diese Frage die Konferenz von Genoa beherrschen werde, wie man sich auch dazu stellen möge. — Der Ruf nach Amerika ist nun freilich nichts neues, aber Amerika stellt seine Bedingungen. Darüber hat jetzt Hoover einen Bericht veröffentlicht, worin es heißt: Bevor ein endgültiger Fortschritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erhofft werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden,

1. die Neuordnung der deutschen Reparationen auf einer Grundlage innerhalb der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes und
2. die Verminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Kontinent noch aufrecht erhaltenen bewaffneten Streitkräfte.

Kandidaten für den Stuhl Petri.

Trauerundgebungen.

„Papabiles“ nennt man diejenigen Kardinäle, welche Aussicht haben, bei der Papstwahl die für die Erhebung auf den Stuhl Petri notwendige Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Es kommt aber gar nicht selten vor, daß die, die man als „Papabiles“ bezeichnete, bei der eigentlichen Wahl durch irgend einen Kandidaten, an den bis dahin kein Mensch gedacht hatte, in den Hintergrund gedrängt und zuletzt ganz ausgeschaltet werden. So sei denn auch nur als „Stimmungsanricht“ bezeichnet, daß man diesmal fünf Kardinäle als besonders aussichtsreiche Thronanwärter nennt. Diese fünf „Papabiles“ sind: Gasparri, Ratti, Magone, Laurenti und Gasparri. Die besten Aussichten spricht man den Kardinälen Ratti und Gasparri zu. Der letztgenannte ist als Staatssekretär Benedikt XV. bekannt geworden, und da man seiner geschickten Politik die Ausöhnung der Kurie mit Frankreich und die angebahnte Verständigung mit dem Quirinal zuschreibt, mag es immerhin möglich sein, daß seine Kandidatur von einflussreichen Kreisen gefördert wird.

Seitdem die Vorbereitungen für das Konklave getroffen werden, ist es um den toten Papst etwas stiller geworden. Die Leiche wurde in der Sakramentskapelle der Peterskirche aufgebahrt. Man sah hier einen einfachen, würdigen Katafalk, in der päpstlichen Trauerfarbe rot gehalten, von vier Nobelpardisen flankiert, von hohen Kerzen beleuchtet und ohne jeglichen Blumenschmuck. Die Leiche des Papstes lag unter der goldenen Mitra in rotem Pontifikalgewande da, darüber war eine violette und gold gestreifte Doppelpelegrine geworfen. Nach anfänglich gefährlichem Gedränge vollzog sich der Zugang der Menge geregelt, unter starkem Aufgebot von italienischem Militär, das auf der Freitreppe und innerhalb der Peterskirche die Ordnung verhalf.

Inzwischen haben weitere Trauerundgebungen des affiatellen Italiens stattgefunden. Zum erstenmal seit 1870

Schloß Lindenstein.

Roman von Fritz Damm.

„Bei ihm sehe ich sogar ein größeres Verstehen voraus!“ „Nach seinen eigenen Erfahrungen?“ lachte die Baronin höhnisch auf. „Er ist klug genug, zu individualisieren und seinen Fall nicht zu verallgemeinern.“ „Wenn er und ich nun unsere Hände von dir abziehen?“

„So verändert dies wohl meine äußere Lage, kann aber mein innere Entschlossenheit keine andere Richtung geben!“

Leidenschaftlich fuhr die Baronin empor: „Verblendeter, wachst du eine Sirene hat dich umgarnet? Mich, deine Mutter, magst du so ohne weiteres beiseite zu schieben einer zweifelhaften Person wegen? Ich, der ich mein Lebenswerk darin erblicke, alles zu tun, um deine Zukunft glänzend und unabhängig zu gestalten, soll zurücktreten? Nimmermehr! Nie opere ich all mein Tun und Handeln bisher diesem Welke, welches deine Sinne entflammt zu ihrem Ruin. Was weißt du, wessen eine Mutter für ihr Kind zu tun fähig ist? Und nun sollen alle meine Opfer — verstehst du wohl? — umsonst sein? Verlasse dich darauf, eine Mutter kann kämpfen um ihres Sohnes Glück. Und sollte ihr dieser selbst entfremdet werden, — nun — so kämpfe ich weiter für das, was ich unter Aufwendung so mancher bitteren Stunde erreicht habe. Du bist mir teuer geworden dadurch, ich werde dich zu verteidigen wissen. Ihr sollt in mir eine erbitterte rücksichtslose Gegnerin finden. — Nun laß mich bitte allein!“

Erzschöpfte ließ sie sich in den Sessel zurückfallen. Auf tiefste Resignation, hatte Ewald diese leidenschaftlichen Worte seiner sonst kühlen Mutter vernommen. Er wußte, hier entstand ein Riß, der nie wieder zu heilen war, denn sein Herz stand zwischen beiden und wollte doch keines ganz lassen. Gold schroffen Widerspruch hatte er nicht erwartet.

In wehem Tone sprach er leise: „Bitte, beruhige dich, Mama. Versuche es, dich mit dem Gedanken meiner Verbindung mit Gerda erst vertraut zu machen. Hoffen wir, daß die mühsame Zeit zu mir eine Brücke schlagen wird. Schreide ich mir der Gedanke deiner Gegnerschaft. Niemand kann seiner Herzen gebieten und ich lasse Gerda nicht!“

würde der Tod des Papstes durch zwei Bräutern der Apostolischen Kammer der Staatsbehörde offiziell im Kapitol mitgeteilt. Der italienische Staatsanzeiger veröffentlichte an der Spitze des Blattes die Todesanzeige mit Trauerrand.

Es sei noch berichtet, daß der Papst die Absicht gehabt haben soll, vor Beginn der Konferenz von Genoa eine Epistel an den Erzbischof von Genoa zu richten, um seine Grundsätze über die zu lösenden wichtigen europäischen Fragen darzulegen. In dem Schreiben wollte er auch seine Freude darüber ausdrücken, daß seiner engeren Heimat — er nannte sie ja aus der Nähe von Genoa — die Ehre erwiesen sei, einen Völkerareopag zu beherbergen, dem die Aufgabe zuteil werde, die Welt aus ihren durch den Krieg geschaffenen Nöten zu erlösen.

Was kosten die Beamten- und Betriebsräte?

36 Millionen jährlich bei Post und Bahn.

Bei der Beratung des Beamtenrätegesetzes im Beamtenausschuß des Reichstages machten Regierungsbereiter folgende Mitteilungen über die Kosten der Beamten- und Betriebsräte der Reichseisenbahn und der Post:

Die Reichseisenbahnverwaltung weist gegenwärtig für ihre Arbeiter 5465 Ortsbetriebsräte auf, dazu 2055 Betriebsobmänner; die Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebsräte sei 24363. Dazu kämen 430 Bezirksräte und 25 Hauptbetriebsräte. Für die Beamten käme man zu folgenden Zahlen: 4185 Ortsbeamtenräte, 6670 Obleute und 36 Bezirksbeamtenräte. Die Gesamtzahl der Mitglieder sei 26108. An Kosten entfielen für die völlig vom Dienst befreiten Arbeiter und Mitglieder monatlich die Stellvertretungskosten für 85904 Arbeitsstunden, für teilweise Befreiungen in einem Monat 113036 Arbeitsstunden, das seien in einem Jahre 10133240 Mark. Nehme man dazu die Aufwandsentschädigungen, die sachlichen Kosten usw., dann entstände ein jährlicher Aufwand von rund 14 200 000 Mark allein für die Betriebsräte der Arbeiter. Bei den Beamtenräten sei man mehr auf Schätzungen angewiesen, weil erst seit Oktober vorläufige Beamtenräte bestanden. Es gäbe 275 ständig und 25 zeitweise vom Dienst befreite Beamte, was einem Gesamtaufwand von etwa 11 Millionen Mark entsprechen dürfte.

Die Kosten, die der Postverwaltung durch die Beamtenräte entstehen würden — es wären etwa 13 000 bis 14 000 Rätemitglieder und 13 000 Obleute zu wählen — wären etwa 5 Millionen Mark jährlich. Für die Betriebsräte (Arbeiter) entfielen bisher jährlich 6 bis 7 Millionen Mark an Kosten.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 26. Januar 1922

Unsere Berichterstatter und Mitarbeiter

machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitteilungen und Nachrichten für die Redaktion als Drucksache versandt werden dürfen. Den Mitteilungen darf nur der Name des Absenders beigelegt werden. Der Briefumschlag ist mit dem Vermerk „Zeitungsanricht“ zu versehen. Auf diese Weise ist es möglich, die Berichterstattung auch bei geringeren Portosätzen aufrecht zu erhalten.

□ Gedenket der Vögel! In diesen ungewöhnlich kalten Januartagen haben die Vögel, die bei uns überwintern, besonders schwer zu leiden. Sie finden auf den hartgefrorenen oder mit Schnee bedeckten Straßen der Städte nichts zu essen. Wer ein Herz für die Vogelwelt hat — und es dürfte nur wenige Menschen geben, deren Herz so verhärtet ist, daß es sich nicht einmal an Vogelgang erfreuen kann — sollte darum gerade jetzt an diese Freudebringer, die uns auch mitten im härtesten Winter durch ihr Gezwitscher an den nahenden Lenz erinnern, durch Freude spenden denken. Selbst in dem kleinsten Haushalt dürften ein paar Brosamen für die gesiederten Tierchen übrig sein. Man bewahre sie auf und streue sie aus auf Straßen, Balkonen und Fensterbrettern. Gedenket der hungernden Vögel!

— * Strenger Winter! Als der trübe warme Herbst 1921 bis tief in den Oktober hineinreichte und um Winters Anfang herum nach der Kälteperiode die Luft schon wieder bei uns feucht war, hat es viele ganz Schlaue gegeben, die schon fest davon überzeugt waren, daß bald Frühling werden würde, weil eine „klimatische Verschiebung“ vorläge, die unser liebes Deutschland in eine südlichere Zone gerückt hätte. Aber der Winter

stumm grüßend verließ er das Zimmer. Reglos, in sich zusammengesunken, lag die Gestalt der Baronin in ihrem Lehnstuhl. Sie dachte angestrengt nach und doch wirbelten ihre Gedanken im Kreise, ohne ein feststellendes Resultat.

Wie lange sie so gelegen, sie wußte es nicht. Ein Geräusch schreckte sie auf und im Augenblick nahm sie ihre gewohnte Haltung wieder ein. Witten in seiner unterwürfigen Haltung stand an der Tür.

„Was gibt es, Witten?“

Die Stimme der Frau Baronin klang so sonderbar, ein lauernder Blick fuhr aus den flehenden Augen des Dieners über ihr Gesicht, ehe er Rede fand.

„Gnädigste Frau Baronin werden einem alten, treuen Diener Ihres Hauses verzeihen, wenn er, um den Zwiespalt über das rechte Erkennen seiner Pflicht, der gnädigen Herrschaft gegenüber, eine Beobachtung mitzuteilen wünscht.“

„Sie haben irgend etwas bemerkt? Berichten Sie.“

„Verzeihen Sie, gnädigste Baronin, das, was ich sah, kann vielleicht jeder größeren Bedeutung entbehren, aber ich glaube wohl annehmen zu dürfen, daß Sie von meiner Ergebenheit überzeugt sind, gnädigste Frau. Mit großem Bedauern habe ich, wie alle Bewohner von Schloß Lindenstein, bemerkt, wie der Herr Graf seit jenen Unglücksstagen sich jeder Lebensfreude entzog. Auch sein Atelier, das ihm doch sonst ein gern gesuchter Aufenthaltsort war, hat er nicht wieder betreten, bis vor etwa zwei Wochen.“

„Ah!“ Interessiert hob die Baronin Carnau den Kopf.

„Jawohl! Seitdem weißt er öfter dort, wie ich zufällig feststellen konnte. Ich bitte vielmals um Vergebung, gnädigste Baronin, aber ich bin, obgleich nur ein ganz untergeordnetem Kunstverständnis ausgereift, den jeweiligen Kunstzeugnissen der gräflichen Hand mit großem Interesse gefolgt. Auch jetzt suchte ich einen Blick auf seine Arbeiten zu werfen, denn daß er arbeitete, schloß ich aus der stundenlangen Anwesenheit im Atelier. Erst heute gelang es mir und ich hatte den Genuß, nebst einigen flüchtigen Skizzen ein halbvollendetes Porträt zu erblicken, allerdings nur das Köpfchen, aber entzückend.“

„Wen stellt das Bild dar?“ unterbrach die Baronin seine Salbadereien.

„O — das Fräulein von Muthefius“, beeilte sich Witten zu erwidern, wobei seine Augen scharf in dem Antlitz der Herrin forschten.

hatte sich nur ein bißchen verspätet. Jetzt hat er ein recht strenges Regiment angetreten, da die Kälte in allen Teilen des Reiches seit gestern außerordentlich zunimmt.

— * Umsatzsteuererklärungen. Den Umsatzsteuerämtern ist eine große Anzahl von Umsatzsteuererklärungen für 1921 noch nicht eingereicht. Das Finanzamt macht daher darauf aufmerksam, daß dem Steuerpflichtigen, der die Steuererklärung nicht bis spätestens 31. Januar 1922 abgegeben hat, ein Zuschlag von 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt wird. (§ 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919.)

□ Halver, 25. Jan. Die Versammlung der Schuhmacher-Innung von Halver, Schallsmühle und Umg. tagte am Montag in Schallsmühle. — Es kamen in dieser sehr wichtige Punkte zur Besprechung, unter anderen auch die kolossale Verteuerung auf dem Leder-Markt, welche sehr schwer auf dem Handwerk lastet, so das bei manchem Meister das Weiterbestehen seines Berufes in Frage steht. — Dazu kommen noch die immer schwerer werdenden Abgaben für den kleinen Handwerker. Warenhäuser oder sonst großstädtische Unternehmer haben es in soweit einfacher das sämtliche Waren nur gegen Barzahlung abgeben werden, dagegen wird von hiesigen Handwerkern, besonders vom Schuhmacher-Handwerk sehr oft verlangt, das er seinen Kunden noch langen Kredit gewähren soll. Die genannte Innung bittet daher ihre Kunden, die Schuhmacher-Arbeiten möglichst gegen sofortige Barzahlung abholen zu lassen. (Siehe Inserat). Nachdem noch manche Sachen besprochen wurden, konnte gegen 8 Uhr die Versammlung geschlossen werden.

+ Kierspe, 24. Jan. Am Freitag nachmittag dieser Woche findet eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Zur Verhandlung sind u. a. vorgesehen: Sparkassenfrage sowie Anlauf der Hülfschen Tannenallee.

+ Kierspe, 24. Jan. Der Ziegenzucht-Verein bittet uns mitzuteilen, daß die für nächsten Sonntag vorgesehene General-Versammlung nicht um 8 Uhr abends, sondern um 2 Uhr mittags stattfindet.

|| Kierspe, 24. Jan. Der Kaninchen-Züchter Verein hielt am vergangenen Sonntag seine Jahres-Hauptversammlung ab. Die Kasse war für stimmend befunden worden, und erteilte man dem Kassierer Entlastung. Bei der Neuwahl des Vorstandes erfolgte Wiederwahl, und zwar als 1. Vorsitzender Gustav Baudhage, 2. Vorsitzender Ernst Krobach, 1. Schriftführer Hugo Meisterjahn, 2. Schriftführer Bernhard Käseberg, 1. Kassierer Hermann Hühn, 2. Kassierer Fritz Lohmann, Beisitzer Wilhelm Schneider.

+ Kierspe-Bf., 24. Jan. An Festlichkeiten wird es uns im nächsten Monat nicht fehlen. Der Theater-Verein „Germania“ Schnörrerbach gibt unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Frohinn“ ein Konzert. Des ferneren kündigt der Gesangsverein „Eintracht“ hier am Platze zusammen mit den Vereinen „Vollme“ sowie „Unter den Linden“ Weinerzhagen einen Wiederabend an. Endlich begehrt der Turnverein eine Feier unter Mitwirkung des neu ins Leben gerufenen Doppel-Quartetts. Es wird daher jeder auf seine Kosten kommen können.

Halbert, 23. Jan. Durch Verfügung des Landrats sind die Schulen der Gemeinde Halbert vom 20. Januar wegen Grippeepidemie auf 14 Tage geschlossen worden. Die Krankheit ist augenblicklich in starker Ausdehnung ausgebreitet. Ganze Familien liegen darnieder. Eine Menge Haushaltungen sind zwecks Viehverzorgung auf die Hilfe des lieben Nächsten angewiesen. Die Schulen weisen an Erkrankungen bis 75 Prozent der Kinder auf.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung von Halver.

+ Halver, 24. Januar.

Die heutige Sitzung wurde kurz nach 3 Uhr durch den Gemeindevorsteher Fernholz eröffnet und geleitet.

Ein Weibchen war es still im Zimmer, dann hörte man die harte, klare Stimme der Baronin, wie sie sagte: „Es ist gut, Witten. Die Sache ist belanglos, so daß wir dieselbe mit Schweigen übergehen könnten. Ich danke Ihnen.“

„Sehr wohl, gnädige Frau Baronin!“

Eine tiefe Verneigung und Witten verschwand geräuschlos. Draußen richtete er sich auf und lachte höhnisch: „Es kommt wohl bald zum Klappen hier. Da heißt es, sich aus der Schußlinie halten.“

Draußen saß die Baronin noch immer in ihrem Stuhl. Ihre Brauen waren finstler zusammengezogen und sie zerrte nervös an den Troddeln ihres Sessels.

Brach denn heute alles über sie herein? Hatte sich alles verschoren, um das Gelingen ihrer Pläne zu vereiteln? Aber sie war nicht die Person, um gleich feige das Feld zu räumen. Im Gegenteil, mit eiserner Stirne bot sie dem Schicksal Trost.

Vorwärts! Weiter, — ein Zurück gab es nicht mehr. Vor allem mußte die kleine Lore fortgeschafft werden. Lächerlich, daß solch ein junges, kindliches Wesen auf einen Mann und Künstler wie Günter überhaupt Eindruck machen konnte. Jedenfalls war er nicht von nachhaltender Dauer und es war noch nicht zu spät, hier vorzubeugen. Ganz anders und viel tiefer hatten sie die Eröffnungen Ewalds getroffen. Ihn verlieren an eine andere, so tief unter ihr stehend, das verwundete ihren Stolz empfindlich. Aber man sollte sie kennen lernen. Sie gab das Spiel noch lange nicht verloren.

8. Kapitel.

Der Herbstwind trieb sein niedliches Spiel mit den halb-entlaubten Bäumen um Schloß Lindenstein. Die schönen bunten Blätter wirbelte er umher, ehe er sie zu Boden warf, wo sie gar bald dem Verfall entgegenfuhren.

Sausend umfuhr er die Ecken von Lindenstein und verführte die Herrschaft seines strengen Nachfolgers. Doch die Liebe, alte Sonne suchte wieder gut zu machen, was der übermüdete Wildling schädete und sandte leuchtende, wärmende Strahlen zu den Menschenkindern hernieder.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Lehrer im Rheinlandabgelehnt.

Koblenz. Die Internationale Rheinlandkommission hat im Zusammenhang mit ihrem Schulerlaß die erste Entscheidung getroffen, indem sie Einspruch erhoben hat gegen die Verwendung des aus Ostpreußen stammenden Lehrers Bialsky in Rheinhof und des aus Oberschlesien stammenden Lehrers Elsner in Hildesheim, Kreis Eifel.

Eröffnung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes. Da Haag. Wie nunmehr feststeht, wird der Ständige Internationale Gerichtshof am 30. Januar im Haager Friedenspalast eröffnet werden. In der ersten Tagung des Gerichtshofes soll die endgültige Festlegung des Streitverfahrens erfolgen.

Poincaré über die Kriegsschuld.

Paris. Wie die Blätter melden, beabsichtigt Poincaré, ein Geschloß veröffentlicht zu lassen, das alle Dokumente über den Balkankrieg und den Ursprung des großen Krieges enthalten soll.

Englischer Kredit für Rußland.

London. Nach einer Meldung hat Krassin aus London nach Moskau berichtet, die englischen Schiffbauunternehmen hätten die Gewährung eines Kredits von 50 Millionen Pfund Sterling für den Bau einer russischen Sowjet-Handelsflotte auf englischen Werften vor.

Ägyptischer Boykott gegen die Engländer.

Kairo. Hier wurde ein von acht Mitgliedern des nationalen Komitees unterzeichnetes Manifest veröffentlicht, in dem die Ägypter aufgefordert werden, gegen die Engländer die von den radikalen Nationalisten Indiens befolgte Boykottmethode anzuwenden.

1. Mai und 9. November als Feiertag?

Berlin. Ein mehrheitssozialistischer Antrag Müller (Franken) und Genossen lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu eruchen, dem Reichstag sogleich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage des deutschen Volkes erklärt werden.“

Weitere Leichenfunde in Oppau.

Karlsruhe. In den letzten Tagen wurden im Bau 111 der Städtischen Fabrik weitere acht Leichen unter den Schuttmassen gefunden. Im Bau 160 wurden ebenfalls unter den Trümmern zwei Leichen herausgehoben.

Gegen die Auslieferung der Kriegsbeschädigten.

London. Zu der kürzlich erneut aufgeführten Frage des Verlangens nach Auslieferung deutscher Kriegsbeschädigter schreibt jetzt ein angesehenes Londoner Blatt, in London oder Paris geführte Gerichtsverfahren gegen deutsche Kriegsbeschädigte würden von der neutralen Welt und von Deutschland als nicht weit entfernt von einer Unjustiz angesehen werden. Die Ansicht der britischen Juristen sei bestimmt nicht zugunsten der Wiederaufnahme dieser Frage. Wenn der Oberste Rat, was unwahrscheinlich sei, die Auslieferung verlangen sollte, müßte die deutsche Regierung diese Forderung mit der Maßnahme behandeln, die sie verbiete.

Belgisch-französische Entente.

Paris. Der Brüsseler Korrespondent des „Journal“ berichtet, daß zwischen der französischen und der belgischen Regierung Verhandlungen eingeleitet worden seien, um das im Jahre 1920 zwischen Frankreich und Belgien geschlossene Militärabkommen in eine Entente umzuwandeln.

Artur Nikisch gestorben.

Der Lebensgang des Künstlers.

Professor Artur Nikisch, der in der ganzen Welt bekannte und berühmte Orchesterdirigent, ist in Leipzig den Folgen einer schweren Grippe erlegen.

Der Künstler, der am 12. Oktober 1855 in Szeged in Ungarn geboren wurde, erhielt seine Ausbildung am Wiener Konservatorium und trat zunächst als Geiger in das Orchester der Wiener Hofoper. 1878 begann er seine Dirigentenlaufbahn am Leipziger Stadttheater. Zehn Jahre später übernahm er die Leitung der Symphoniekonzerte in Boston, lehrte aber bereits 1893 nach Europa zurück und wurde nunmehr erster Kapellmeister der Wiener Hofoper. Zwei Jahre darauf folgte er dem Ruf an die Spitze des Leipziger Gewandhausorchesters und leitete daneben seit 1896 noch die Berliner Philharmonischen Konzerte und die Abonnementskonzerte in Hamburg. 1901 ernannte ihn der König von Sachsen zum Professor.

Seit 1897 feierte Nikisch wiederholt große Triumphe auf europäischen Konzertreisen zum Teil mit dem gesamten Berliner Philharmonischen Orchester. Als er vor wenigen Monaten sein fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum als Leiter dieses Orchesters feierte, kamte in der großen Berliner Kunstgemeinde, die er sich in rastloser künstlerischer Tätigkeit erworben hat, der Jubel und die Begeisterung keine Grenze. Der hervorragende Künstler, dessen Tod im Musikleben Berlins, ja in dem ganz Deutschlands eine schwer auszufüllende Lücke offen läßt, ist auch als Komponist hervorgetreten. Von seinen Werken seien als besonders beachtenswert genannt: ein Streichquartett, eine Kantate („Die Christnacht“) für Soli, Chor und Orchester, eine Symphonie in D-Moll und eine Anzahl Lieder.

Welt- und Volkswirtschaft.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder holländische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Börsenplätze	24. 1.		23. 1.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland ... Gulb.	7792,20	7867,83	7427,55	7442,45	170 Mk.
Dänemark ... Kron.	4225,75	4234,25	4090,90	4099,10	112
Schweden ... Kron.	5259,70	5280,30	5034,90	5095,10	112
Norwegen ... Kron.	3326,65	3333,35	3206,75	3213,25	112
Schweiz ... Franc	4115,85	4124,15	3936,00	3974,00	72
Amerika ... Doll.	209,79	210,21	204,04	204,46	4,40
England ... Pf.	891,60	893,40	881,60	883,40	20,20
Frankreich ... Franc	1708,25	1711,75	1628,35	1631,65	80
Belgien ... Franc	1623,35	1626,65	1593,40	1596,60	80
Italien ... Lire	924,05	925,25	884,10	885,90	80
Österr. ... Kron.	5,48	5,52	5,72	5,77	85
Ungarn ... Kron.	25,97	26,30	29,62	29,68	85
Tschechien ... Kron.	421,55	422,45	377,60	378,40	

Arbeiter und Angestellte.

Dresden. (Der wilde Eisenbahnerstreik kein gelegt.) Der auf Grund eines Ultimatum eines radikalen Teils der Eisenbahnarbeiter im Direktionsbezirk Dresden am Sonnabend ausgebrochene Teilstreik war am Montag bereits erledigt. Der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden ist es möglich gewesen, den Hauptverkehr größtenteils, wenn auch mit Verzögerungen, aufrechtzuerhalten. Ein Teil der Züge verkehrte von den umweit Dresden gelegenen Orten aus, wohin Vorortverkehr bestand. Der Direktionspräsident hatte bekanntgegeben, daß diejenigen Eisenbahner, die ihre Arbeit bis 23. Januar nicht wieder aufgenommen haben, ihre sofortige Entlassung zu gewärtigen haben. Die Berliner Bundesleitung der Eisenbahner hatte den Ausfall als „wilden Streik“ ebenfalls scharf mißbilligt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Schiedungen mit gefälschten Frachtbrieven. Stettiner Eisenbahner hatten durch Fälschung von Frachtbrieven im Sommer 1920 etwa zehn Waggons mit Heringen, Getreide und anderen Sachen im Werte von vielen Millionen nach Berlin verschoben. Die Eisenbahner wurden bereits vor längerer Zeit abgeurteilt. Jetzt hatten sich in Stettin vor der Strafkammer die Berliner Gelehrten zu verantworten. Der Offiziersstellvertreter Siegmund Schmidt erhielt ein Jahr drei Monate Zuchthaus, der Gastwirt Rohring zehn Monate Gefängnis, der Kaufmann Günter zwei Monate Gefängnis oder 6000 Mark Geldstrafe, der Fuhrherr Benegled 5000 Mark Geldstrafe, der Kaufmann Nelson einen Monat Gefängnis oder 2500 Mark Geldstrafe. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Mark.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herdecke	Elberlingsen	Gieseler
22. 1. 1922	1124 t	833 t	0 t
23. 1. 1922	1158 t	1123 t	49 t

Schriftleitung: Wilt. Bell, Halver i. Westf.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die mir beim Heimgange meines lieben Mannes in so herzlicher Weise ihr Beileid ausgesprochen, sowie allen, die dem lieben Entschlafenen das letzte Ehrengeliebt gegeben haben, meinen besten Dank.

Helene Wippermann
geb. Rees.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren, schmerzlichen Verlust unseres lieben Sohnes und Bruders, sowie für die vielen zahlreichen Kranzspenden, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Pels-Leusden, ferner den Inhabern, Angestellten und Arbeitern der Firma J. und A. Voswinkel, dem Gesang-Verein „Eintracht“, dem Doppelquartett, dem Turn-Verein „Jahn“, der Spielabteilung des T. V. J. und dem Theater-Verein „Germania“-Schnörrenbach, sprechen wir allen hiermit unseren tiefgefühlten Dank aus.

Familie Carl Burk.

Kierspe-Bhf., den 24. Januar 1922.

Einladung

an sämtliche selbständige Handwerker, Handels- und Gewerbetreibende der Gemeinde Halver

zwecks Gründung einer

Mittelstandsvereinigung

am Sonntag, 29. Januar cr. nachmittags 4 1/2 Uhr im Lokale der Geschw. Fasbender, Halver.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. W. Fleischmann, Volkswirt, N. D. B., aus Lüdenscheid:
2. „Wozu der Zusammenschluß des gewerblichen Mittelstandes“?
3. Vereins-Gründung.
4. Wahl des Vorstandes und der Bezirksleitung.
5. Vorlage und Annahme der Satzungen.
6. Vortrag des Herrn Dr. Fleischmann über: „Der gewerbliche Mittelstand und seine Steuerbelastung.“
7. Verschiedenes.

Umt Kierspe.

Der Herr Regierungs-Präsident hat mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums genehmigt, daß in der Gemeinde Kierspe für das Rechnungsjahr 1921

- 2000% zur Grundsteuer
- 600% „ Gebäudesteuer
- 1100% „ Gewerbesteuer in Kl. I
- 1000% „ „ in Kl. II
- 600% „ „ in Kl. III u IV
- und 1000% „ Betriebssteuer

erhoben werden.
Kierspe, den 18. Januar 1922.
Der Amtmann. Der Gemeindevorsteher.

Milchversandscheine
Geschäftsstelle dieser Zeitung

Die Schuhmacher-Zwangs-Innung von Halver, Schalksmühle und Umgegend

hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen.

Jämtliche Arbeiten nur gegen sofortige Barzahlung

abzugeben.

Achtung!

Gebe noch

Ia. Weizenmehl

bei Abnahme von 50 Pfd. z. Preise v. 6.30 Mk.

ab.

Ernst Bedder,

Neuebrücke b. Kierspe-Bhf.

Kontoristin

mit mehrjähriger Büro-tätigkeit zum baldigen Eintritt gesucht von

Engstfeld & Cie.,
G. m. b. H.

Bollwerk b. Oberbrügge.

Ein tüchtiger

Schlosser

der selbständig u. perfekt Schnitte anfertigen kann, für sofort oder in 14 Tagen gesucht.

Herrn Steller u. Söhne,
Halver-Langenscheid.

Sohn adibater Eltern als

Maler und Anstreicher

zu suchen
in die Lehre gesucht.
August Bromke, Schalksmühle.

Gut erhaltener

Schlitten

zu verkaufen.

Halver, Berlinerstr. 49.

Erhalte wieder eine Auswahl tragende

Rühe

und

Ferkel

Carl Schmale Halver.

Blütenkarien liefert schnell und billig die Buchdruckerei Wilt. Bell in Halver i. Westf.

Vertreter

mit ca. 1000 Mk. für neuartigen Artikel der Landwirtschaft gesucht.

Offerten mit genauen Angaben an Mag. S. a. h. n., Akt.-Ges. Berlin SW 68.

Freitag früh habe ich

Rühe

zum Verkauf stehen.
W. Schoppmann, Enge.